



Zeit für mehr Beteiligung und Transparenz

Präambel

Politik ist mehr als Wählen zu gehen. Das haben in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen erlebt. Auch die Proteste gegen Stuttgart 21 haben deutlich gemacht: Viele Menschen – auch hier in Rheinland-Pfalz – bringen sich stärker denn je in die politische Diskussion ein. Ob es nun um die Lärmbelastung vor Ort geht oder um den Neubau von Straßen, Einkaufszentren oder Kohlekraftwerken. Durch das Internet ist inzwischen eine weltweite Vernetzung möglich. Die Diskussion über Politik oder die Planung von Aktionen kann ortsunabhängig geschehen, das erleichtert die Teilnahme. Doch das Innovationspotenzial dieses Wandels bleibt ungenutzt, wenn sich der Staat dieser verstärkten Mitsprachebereitschaft nicht öffnet. Mehr noch, wenn wir jetzt nicht mehr Mitsprache und Beteiligung ermöglichen, riskieren wir die Verärgerung derjenigen, die möchten, dass ihre Meinungen gehört und ihre Ideen umgesetzt werden. Wir GRÜNE wollen diesen Wandel im Sinne der Menschen umsetzen und ihnen mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Einfluss geben.

Wir GRÜNE stehen zu unserer basisdemokratischen Tradition und wollen die repräsentative Demokratie um direkte Mitgestaltung ergänzen und damit stärken. Politische Prozesse müssen nachvollziehbarer und transparenter sein als bisher. Nicht jeder Mensch hat die Zeit oder den Bedarf sich in jede hochkomplexe Detailentscheidung einzuarbeiten. Es soll aber jeder Mensch gleichberechtigt die Möglichkeit erhalten, Prozesse nachvollziehen zu können und sich einzubringen, wenn er es möchte. Ziel GRÜNER Politik ist es deshalb, die Demokratie zu stärken und dadurch die Menschen wieder mehr in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Wir wollen Politik gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern machen und ihnen mehr Mitsprache ermöglichen. Deshalb sagen wir GRÜNE: Es ist an der Zeit für mehr Beteiligung und Transparenz!

1. Beteiligungsgerechtigkeit: Zu Mitsprache ermutigen!

Nicht alle Menschen beteiligen sich gleichermaßen an den politischen Prozessen und Entscheidungen. Dafür gibt es viele verschiedene Gründe. Es gibt Menschen, die sich einmischen und Menschen, die es bereits aufgegeben haben, etwas von der Politik zu erwarten. Es gibt Menschen, die für Mitsprache keine Zeit oder kein Geld haben. Einigen wird Mitsprache verwehrt, weil sie z.B. jung sind oder keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Andere können aufgrund gesundheitlicher oder sprachlicher Barrieren bestehende Beteiligungsmöglichkeiten nicht nutzen. Uns GRÜNEN ist es aber wichtig, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung einzubeziehen, um

Entscheidungen demokratisch zu legitimieren. Daher geht es uns bei der Stärkung der Demokratie in Rheinland-Pfalz um eine größtmögliche Beteiligungsgerechtigkeit.

In diesem Zusammenhang fordern wir:

- Mitbestimmung soll von Anfang an selbstverständlich sein. Deshalb sollen Kinder frühzeitig in die Planungen und Entscheidungen, die ihr Lebensumfeld betreffen, miteinbezogen werden. In der Ausbildung der ErzieherInnen müssen Konzepte zur Beteiligung von Kindern einen breiten Raum einnehmen.
- SchülerInnen sollen in der Schule Demokratie nicht nur als Theorie lernen sondern als selbstverständlich kennenlernen. Dazu gehört eine starke SchülerInnenvertretung. Langfristig wollen wir, dass alle Schulen demokratische Entscheidungsstrukturen einführen und SchülerInnen, Eltern und Lehrenden direkte Mitsprache ermöglichen.
- Wir stehen für eine gesetzlich abgesicherte studentische Selbstverwaltung mit Beitrags-, Haushalts- und Satzungsautonomie ein, die die Interessen der Studierenden in der Öffentlichkeit umfassend vertreten kann.
- Jugendliche und junge Erwachsene sind von vielen politischen Entscheidungen direkt betroffen, ohne dass sie ein Mitspracherecht haben. Wir fordern in einem ersten Schritt die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre. Jugendparlamente brauchen Unterstützung, ein eigenes Budget und Antragsrecht in den kommunalen Räten. Wir GRÜNE gehen mit gutem Beispiel voran: Bei den anstehenden Kommunalwahlen wollen wir wieder vielen jungen Menschen die Möglichkeit geben, auf vorderen Plätzen unserer Listen zu kandidieren.
- Mitwirkung und Mitbestimmung gehören für uns auch im Arbeitsleben unabdingbar dazu. Dafür brauchen wir starke Betriebs- und Personalräte, aber auch starke Jugendauszubildendenvertretungen. Wer früh auch im Betrieb Demokratie leben kann wird sich auch als selbstbewusste/r Bürger/in in unsere Gesellschaft einbringen.
- Wir fordern langfristig das uneingeschränkte Wahlrecht für alle Menschen, die mit gesichertem Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Während EU-BürgerInnen an Kommunalwahlen beteiligt sind, dürfen so genannte „DrittstaatlerInnen“ nicht wählen gehen, egal wie lange sie schon in Rheinland-Pfalz leben. Ihnen wollen wir zeitnah das kommunale Wahlrecht ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Optionszwang und die Absenkung der Hürden zur Einbürgerung ein.
- Die besonderen politischen Interessensvertretungen in den Gemeinden, wie z.B. MigrantInnen- oder SeniorInnenbeiräte, müssen bei sie betreffenden Entscheidungen verbindlich beteiligt werden. Hierzu streben wir eine Verbesserung der Mitsprachemöglichkeiten in der Gemeindeordnung an.
- Auf kommunaler Ebene ist der Frauenanteil mit 16,8% der Mandate noch viel zu gering. Wir fordern eine verbindliche Quotenregelung für die Kommunalwahllisten aller Parteien, wie es sie auch in anderen europäischen Ländern bereits gibt. Wir leben seit Jahren vor, dass in Debatten abwechselnd Frauen und Männer zu Wort kommen. Das muss Schule machen!

- Wir wollen auch Menschen mit Behinderung den Zugang zu allen Formen der politischen Beteiligung ermöglichen. Räumliche und sprachliche Barrierefreiheit müssen selbstverständlich sein.
- Damit wichtige Informationen von allen Menschen verstanden werden, setzen wir uns dafür ein, dass Gesetze und staatliche Merkblätter zukünftig in leichter Sprache zusammengefasst werden.
- Vereinbarkeit von Familie & Beruf: Kinder und Pflege von Angehörigen müssen sich mit politischem Engagement vereinbaren lassen - hierauf gilt es von politischer Seite Rücksicht zu nehmen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern.

2. Rheinland-Pfalz digital mit gestalten

Die Menschen wollen wissen, worüber sie entscheiden können. Deshalb müssen Politik und Verwaltung in Rheinland-Pfalz transparenter werden.

Das Internet bietet neue und vielfältige Möglichkeiten für mehr Beteiligung. Wir wollen diese nutzen, damit die Menschen im Land zukünftig besser nachvollziehen können, mit welchen Themen sich die Parlamente und Verwaltungen beschäftigen, welche Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden und was hierfür die Gründe sind.

Mit der Idee „Open Data“ ist bereits weltweit viel neues Wissen zugänglich gemacht worden. Indem die Verwaltungen ihre Daten freigeben, werden innovative Umsetzungen ermöglicht. Deswegen setzen wir uns für die Schaffung eines Open-Data-Portals für Rheinland-Pfalz ein, in dem alle veröffentlichten Daten und Informationen von staatlicher und kommunaler Seite kostenlos zur Verfügung stehen. Das lohnt sich. Den Kosten für die Einrichtung und dem Verzicht auf Gebühren stehen die vielen Innovationen durch Menschen und Unternehmen gegenüber, die diese auch finanziell um ein vielfaches übertreffen.

Das Internet ist jedoch nicht nur zentrales Medium für die Weitergabe von Informationen und Daten, auf deren Grundlage Entscheidungen getroffen werden. Auch die Entscheidungen selbst können auf diesem Weg vorbereitet werden. Im Netz sollen daher Diskussionsmöglichkeiten geschaffen werden die den direkten Bezug zu Politik und Verwaltung herstellen. Durch digitale Gestaltungsmöglichkeiten können auch Parlamente transparenter und dialogorientierter arbeiten. Die Einführung der Online-Petition macht es zukünftig möglich, über das Internet UnterstützerInnen für politische Anliegen zu bündeln. Die Live-Übertragungen von Plenar- und Ausschusssitzungen im Internet sollen zum Regelfall werden und auch nachträglich in einem Archiv abrufbar sein. „Open Government“ – eine Bereitstellung von Informationen durch die Verwaltung – wollen wir so schnell wie möglich auf den Weg bringen.

Mehr Einblicke und mehr Beteiligungsmöglichkeiten stärken das Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen und in die gewählten RepräsentantInnen. Hierdurch wird auch die Akzeptanz von Entscheidungen erhöht.

Bei der digitalen Weiterentwicklung darf jedoch niemand abgehängt werden. Es ist uns als GRÜNE ein zentrales Anliegen, auch all jene die kein Internet benutzen können oder wollen mitzunehmen und einzubinden.

Wir werden einen neuen, einen offenen Umgang mit Informationen, öffentlichen Daten und Wissen in Rheinland-Pfalz etablieren, von dem alle Menschen und Unternehmen profitieren können. Dabei verpflichten wir uns dem Grundsatz: Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen. In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass die/der Landesdatenschutzbeauftragte demnächst auch Landesbeauftragte/r für Informationsfreiheit wird und zukünftig die Bevölkerung beim Erlangen von Informationen aus den Verwaltungen unterstützt. Mit ihr/ihm gewinnen die Bürgerinnen und Bürger eine/n starke/n Verbündete/n. Im nächsten Schritt wollen wir im Informationsfreiheitsgesetz noch mehr Transparenz ermöglichen und das Umweltinformationsfreiheitsgesetz mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz zusammenzuführen.

Deshalb fordern wir:

- Die Möglichkeit, sich online über den aktuellen Planungsstand von Großprojekten zu informieren, und dazu Stellung zu nehmen.
- Eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, um einen freien Zugang zu allen notwendigen Informationen für alle zu garantieren. Hürden (wie z.B. die Erhebung von Gebühren) wollen wir abbauen.
- Eine leicht verständliche und informativere Darstellung des Land Haushaltes im Internet nach dem Vorbild der Internetseite www.OffenerHaushalt.de.
- Ein landesweites Open-Data-Konzept, d.h. eine aktive Informationspolitik der Verwaltungen. Die Behörden werden dadurch ein bisher nicht gekanntes Maß an Transparenz erreichen.
- Ein Open-Data-Portal für Rheinland-Pfalz, in dem wichtige Dokumente für alle zugänglich und ggf. auch visualisiert sind. Die Dokumente sollen auch zur anderen Anwendungen verfügbar gemacht werden.
- Open Government soll BürgerInnen bessere Möglichkeiten geben, sich an Behörden zu wenden. Eine Live-Übertragung von Plenarsitzungen und Ausschüssen macht den Landtag Rheinland-Pfalz zu einem transparenteren Parlament.
- Auch BürgerInnen ohne Internetzugang müssen sich gleichermaßen gut informieren können. Die notwendigen Unterlagen sollen per Post kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr angefordert werden können. Kommunale Verwaltungen und Bibliotheken sollen verpflichtend einen öffentlichen Internetzugang bereitstellen.

3. Entscheidungs- und Planungsprozesse im Dialog

Wir GRÜNE stehen für die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten, den „Instrumenten kooperativer Demokratie“. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen an Planungen und Entscheidungen zu beteiligen. Gute Politik soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet werden. Dabei möchten wir die Menschen nicht nur über Vorschläge der Politik abstimmen lassen. Wir wollen den Ideen der Menschen selbst eine Chance geben. Dafür möchten wir mehr Instrumente der „kooperativen Demokratie“ in Rheinland-Pfalz etablieren, die das Einbringen von Ideen und das gemeinsame Erarbeiten von Konzepten durch Bürgerinnen, Bürger und Politik ermöglicht.

Bürgerbeteiligung ist kein Bremsklotz. Vielmehr kann sie zum Turboantrieb für Projekte werden und sie besser, schneller und preiswerter machen. Das gilt besonders für Planungsprozesse großer Infrastrukturmaßnahmen. Mit den bisher geltenden Methoden werden nur bestimmte Bevölkerungsgruppen erreicht. Deshalb ist es wichtig, niedrighschwellige Beteiligungsformen einzuführen.

Unsere Forderungen sind:

- Senkung der Hürden für landesweite Volksbegehren. Hohe Hürden führen dazu, dass landesweite Volksbegehren nicht genutzt werden. Wir wollen statt Eintragungslisten die in Ämtern ausliegen, freie Unterschriftensammlung, eine Absenkung der benötigten Zahl der Unterschriften, eine Verlängerung der Eintragsfrist für Volksbegehren von zwei auf sechs Monate. Wie bei den Volksbegehren streben wir auch die Absenkung der Mindestbeteiligung bei Volksentscheiden an.
- Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Wir wollen die Absenkung der benötigten Zahl der Unterschriften bzw. die Absenkung der Mindestbeteiligung gestaffelt nach der Gemeindegröße.
- Landesweite Volksbegehren bzw. kommunale Bürgerentscheide müssen zu jeder wesentlichen politischen Frage möglich sein.
- Wir befürworten zudem die Einführung von Volksabstimmungen und die Änderung des Wahlrechts auf Bundesebene und sprechen uns dafür aus, dass die Landesregierung dazu eine entsprechende Bundesratsinitiative startet.
- Demokratie vor Ort: Wir wollen in den Kommunen darauf hinwirken, das Wissen, die Erfahrung und den Gestaltungsmut der Menschen zu nutzen. Beispiele hierfür sind Bürgerhaushalte, kommunale Dialogforen, runde Tische, Bürgerforen und Zukunftswerkstätten.
- Frühes Mitplanen statt später Protest: Bürgerinnen und Bürger sollen noch vor der konkreten Ausgestaltung in Planungsprozesse einbezogen werden. Das gilt auch für die Bauleitplanung. Anstatt am Ende einer fertigen Planung Widerspruch einlegen zu müssen sollen die Menschen die Planung von Anfang an mitgestalten. Für komplexe Planungs- und Gestaltungsaufgaben wollen wir zu Beginn der Planungsphase Planungswerkstätten bilden, an denen Interessierte, Betroffene und PlanerInnen teilnehmen können. Sie sollen durch unabhängige Personen moderiert werden. Die Planungswerkstätten sollen Ideen sammeln und Konflikte bereits im Vorfeld abschätzen. Bei besonders bedeutenden Vorhaben können Planungswerkstätten Ausgangspunkt für eine längere Beteiligung interessierter EinwohnerInnen an den Planungsprozessen sein (Planungszellen).
- Schlichten statt Richten: Wir wollen den Einsatz von Methoden der alternativen Konfliktlösung wie Mediation und Schlichtung weiter ausbauen, um den Dialog zwischen Bevölkerung, VorhabenträgerInnen und Verwaltung zu verbessern und zu wirklich nachhaltigen Lösungen zu gelangen.

Unser Auftrag: Demokratie auf allen Ebenen stärken.

Für uns GRÜNE ist die Stärkung demokratischer Mitbestimmung ein zentrales Element unseres Handelns. Wir tragen diesem Anspruch auch in unserer Partei Rechnung. Mit diesem Antrag beginnen wir eine Diskussion, bei der die Mitbestimmung der Parteibasis im Dialog mit den VertreterInnen im Parlament und in den Ministerien auch im Hinblick auf die Regierungsverantwortung weiterentwickelt wird. Dazu wurde eine AG Strukturentwicklung eingerichtet, die sich in einem breit angelegten Prozess mit diesen Fragen beschäftigt.

Wir meinen es ernst mit unserem Vorhaben, eine starke Demokratie in Rheinland-Pfalz umzusetzen. In der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, werden wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten in den kommenden Monaten konkrete Vorschläge erarbeiten, wie eine moderne Mitbestimmung ermöglicht werden kann.

Wir sind zuversichtlich, dass viele Aspekte dieses Parteitagsbeschlusses dort diskutiert und im Landtag beschlossen werden können.

Es ist höchste Zeit für mehr Beteiligungsgerechtigkeit und für eine bessere Informationsgrundlage. Es ist höchste Zeit für neue Instrumente der Beteiligung und für eine Verbesserung von bestehenden Maßnahmen. Wir wollen allen Menschen in unserem Land die Chance geben, sich zu beteiligen und wir wollen die Chancen nutzen, die diese Mitsprache unserem Land bringt. GRÜNE Politik für Rheinland-Pfalz bedeutet mehr Demokratie!

Auch wir als Landesverband wollen mehr Demokratie wagen und neue Wege für eine breitere Beteiligung ausprobieren. Dazu beauftragt die Landesdelegiertenversammlung den Landesvorstand als ersten Schritt, möglichst bis Ende 2012 eine Plattform für offene und transparente Diskussionen und Debatten zu konzipieren. Diese soll die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften, Kreis- und Ortsverbände unterstützen und viele Parteimitglieder stärker in die inhaltliche Arbeit einbinden können. Dabei sollen keine bestehenden Arbeitsmöglichkeiten ersetzt sondern neue Wege angeboten werden. Wir GRÜNE verschreiben uns dabei ganz der Offenheit und Transparenz und wollen keine - über die bestehenden Möglichkeiten wie bspw. das Wurzelwerk hinaus - geschlossenen Plattformen installieren. Die GRÜNEN in Rheinland-Pfalz werden zeigen was in einer offenen Demokratie möglich ist und Vorbild für diejenigen sein, die wir zukünftig für eine offenere Arbeit gewinnen wollen.